

Anti-Atom-Picknick

Am 1. August **protestierten** JUSO und SP gegen ein neues AKW

«Lieber ein Strahlenmeer im Schweizerpsalm als Strahlenmüll im ganzen Land» lautete ein Slogan am 1. August-Protest-Picknick gegen neue Atomkraftwerke und die von der BKW geforderte Betriebsverlängerung fürs AKW Mühleberg.

Nadine Masshardt

«Atomkraft ist eine Technologie von gestern» und «Liebe BKW, heute gibt es Alternativen», stand auf den



Transparenten. Gut 50 Atomgegnerinnen und Atomgegner versammelten sich am 1. August an dem von SP und JUSO organisierten Anti-Atom-Picknick in der

Runtigenau in der Gemeinde Radelingen. Die Runtigenau wird von der BKW als möglicher Standort für ein neues AKW geprüft. JUSO und SP signalisierten so, dass die Pläne für ein neues AKW bereits vor Einreichen des neuen Rahmenbewilligungsgesuches der BKW auf Widerstand stossen.

AKW-Zeitalter ist vorbei

Die SP-Präsidentin Irène Marti Anliker und ich als JUSO-Präsidentin kritisierten das unverantwortliche Handeln in Bezug auf kommende Generationen. Denn die Endlagerung des Atommülls ist nach wie vor nicht gelöst. Die Betriebssicherheit eines AKWs kann zudem nicht gewährleistet werden; die Folgen eines grösseren Unfalls wären monströs und ein Desaster für Umwelt, Gesundheit, Finanzen und das Leben überhaupt. Diese Hochrisiko-Hypothek dürfen wir kommenden Generationen nicht aufbürden.



AktivistInnen, Parteipräsidentinnen und Musiker Aernschd Born am Anti-AKW-Picknick.

BILDER: JEN PREUSLER

Investitionen in die Atomkraft sind Investitionen in die Vergangenheit. Die Zukunft gehört erneuerbaren Energien. Die Option eines neuen AKWs darf es nicht mehr geben. Nur so wird ein Umdenken stattfinden und genügend Hirn- und Handlungsenergie für andere Energiegewinnungsformen eingesetzt.

Der Liedermacher Aernschd Born – selber ein Anti-AKW-Kämpfer der ersten Generation – leistete musikalischen Widerstand gegen neue Atomanlagen, während die Anwesenden ihr Picknick genossen.

Energiestrategie als Leitlinie

Aus SP/JUSO-Sicht muss der Kanton Bern alles dazu beitragen, damit in

der Schweiz AKWs überflüssig werden. Das bedeutet konkret: Massive und intensive Förderung erneuerbarer Energien – und damit auch die Förderung wichtiger Zukunftstechnologien für die Schweizer Exportbranche. Zudem muss die Durchsetzung besserer Energieeffizienz verstärkt und somit der Energieverschwendung der Kampf angesagt werden. Die Energiestrategie 2006 beinhaltet diese Ziele und bildet die Grundlage der kantonalen Energiepolitik.

Nadine Masshardt ist Präsidentin der JUSO Kanton Bern und SP/JUSO-Grossrätin aus Langenthal

AKW MÜHLEBERG

Keine Verlängerung der Betriebsbewilligung für das AKW Mühleberg:

Die befristete Betriebsbewilligung für das AKW Mühleberg läuft Ende 2012 aus. Die BKW fordert nun eine unbefristete Betriebsbewilligung für die Zeit danach. 2012 wird der Atom-Reaktor von Mühleberg das Alter von 40 Jahren erreicht haben. Die bisherige Befristung hatte immer gute Gründe, vor allem bedingt durch bauliche und technische Mängel. Die SP Kanton Bern machte deshalb auch Einsprache gegen diese Betriebsverlängerung. Diese Haltung teilt offenbar auch ein Grossteil der Bevölkerung. 1900 Einzeleinsprachen erreichten das Bundesamt für Energie innert Monatsfrist. Die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) kommt in der «Sicherheitstechnischen Stellungnahme zur periodischen Sicherheitsüberprüfung des Kernkraftwerkes Mühleberg» vom 12. November 2007 zum Schluss, dass die Kernmantelrisse in Mühleberg spätestens ab 2012 ein ernsthaftes Problem darstellen. Einem solchen Risiko darf die Bevölkerung aus Sicht von JUSO und SP niemals ausgesetzt werden.

NEUE AKW-PLÄNE

Kein neues AKW im Kanton Bern:

Axpo und BKW Energie AG haben eine gemeinsame Gesellschaft zur Planung von zwei Atomkraftwerken gegründet. Sie wollen bis Ende 2008 zwei Rahmenbewilligungsgesuche für neue AKW als Ersatz für Mühleberg und Beznau einreichen. Deshalb wehrt sich die SP/JUSO bereits heute gegen einen möglichen Neubau. Stattdessen soll die kantonale Energiestrategie mit dem Fokus auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz umgesetzt werden.

Tschou

Einfacher kommunizieren – ein Muss für die SP

Mit dem Antritt eines Amtes verbinden wir alle Ideen und Hoffnungen, ob als neues Vorstands-



mitglied einer SP-Sektion oder als neuer Vizepräsident der Kantonalpartei. Geringem politischen Interesse setzen wir neue

Ideen entgegen. Wir leisten so Widerstand gegen eine seit über 30 Jahren andauernde Entwicklung, welche die Soziologen als «Abnahme des sozialen Kapitals» bezeichnen. Symptome davon sind beispielsweise, dass immer weniger Menschen mit ihren Nachbarn grillieren oder Zeit für ein Gespräch in der Beiz um die Ecke finden.

Als neuer Vizepräsident der SP des Kantons Bern mache ich mir Gedanken, wie wir unsere politischen Ideen der Bevölkerung näher bringen. Dies auch im Wissen, dass viele nur noch über die (Bild-)Medien erreichbar sind. Besonders trifft dies auf die gesellschaftlich Schwächeren zu, also jene, für die sich meistens nur die SP einsetzt. Ich habe den Eindruck, dass wir in Regierung, Kommissionen und Parlamenten die besten Ideen einbringen, aber zu wenige merken es. Statt zuerst an die Bevölkerung zu denken, feilschen wir lange in unseren Verlautbarungen um präzise Formulierungen.

Meinen Vorschlag verstehe ich auch als Selbstkritik: Wir müssen vom hohen Ross heruntersteigen, nicht zuletzt was unsere Sprache angeht. Auch Ereignisse, die nur in 20 Minuten oder TeleBärn breitgeschlagen werden, verdienen unsere Aufmerksamkeit. Bei unseren Stellungnahmen muss es auch eine Version für den Blick geben. Die Nase zu rümpfen bringt uns nicht weiter.

Roland Näf ist neuer Vizepräsident der SP Kanton Bern

SPITZE FEDER

Inflation und Kaufkraft

Teures Brot, teure Milch, Benzin auf Rekordhöhe und steigende Strompreise. Die Inflation steigt auf seit Jahren nicht mehr gesehene Werte – in der Schweiz mit



2,4 Prozent zwar immer noch tief. Trotzdem: Wer bezahlt den daraus resultierenden Kaufkraftverlust?

Die Nationalbank – die Hüterin der Geldwertstabilität – hat eine klare Drohung im Sommerloch platziert. Sie warnt die Gewerkschaften, zu hohe Lohnforderungen durchzusetzen. Andernfalls müsste sie die Zinsen erhöhen, um den Geldumlauf zu reduzieren und die Inflation zu dämpfen. Damit ergreift sie in den anstehenden Lohnverhandlungen der Sozialpartner Partei für die Unternehmen. Sie liefert ihnen ein Argument, ihre in den letzten Jahren zusätzlich ergatterten Anteile am volkswirtschaftlichen Kuchen zu verteidigen. Ob die Drohung aufgeht, ist eine andere Frage: Die Nationalbank kann im aktuellen fragilen wirtschaftlichen Umfeld nicht einfach die Zinsen erhöhen. Könnte gut sein, dass sie dann die gesamte Wirtschaft in die Krise schiebt. Die Zinspeitsche der Nationalbank hat sich bereits in den Neunzigerjahren als fatales Instrument erwiesen und bescherte dem Land eine unnötige Durststrecke. Die Inflation ist eine Bedrohung für alle Einkommen. Für tiefe Einkommen wird diese Bedrohung allerdings existenziell. Ein paar Franken mehr oder weniger können darüber entscheiden, ob jemand zum Working poor oder Sozialfall wird. Aber so sieht es die Nationalbank natürlich nicht. Die Gewerkschaften fordern Lohnhöhungen von 4 bis 5 Prozent. Der SGB sieht die Inflationsgefahr nicht, weil es einzig und allein darum geht, die zusätzlichen Einkünfte der letzten Aufschwungsperiode ein bisschen gerechter zu verteilen. Doch allein mit den Statistiken, die dies belegen, werden sich die Arbeitgeber nicht überzeugen lassen.

Johannes Wartenweiler ist Sekretär des Gewerkschaftsbunds des Kantons Bern



Frédéric Charpié – le nouveau président du PSJB – veut donner la parole à la base.

BILD: ZVG

PSJB: le vent dans le dos

Le PS du Jura bernois avec **nouvelle présidence** et **nouvel élan**

Le nouveau président du Parti socialiste du Jura bernois veut renforcer les liens avec les sections et les membres. Le PSJB organisera en septembre «la semaine des migrants» dans le Jura bernois.

Frédéric Charpié

Membre du PSJB depuis 16 ans, ce fut un honneur, une joie mais aussi un grand challenge pour moi et ma famille d'en accepter la présidence. Je suis attaché à ce que le parti engage une phase de remise en lien et développe des relations étroites avec ses 6 sections, pour donner la parole à la base et qu'elle participe aux choix des axes politiques. Je suis aussi naturellement très attaché aux liens avec le PS du canton de Berne (PSB), le PS romand de Bienne (PSR) et nos amis jurassiens du PS jurassien (PSJ). Les premiers contacts avec les sections du PSJB sont très encourageants, différentes idées sont à l'étude. La mise en œuvre d'une actualisation et d'un sui-

vi de la liste des membres, facilité par l'engagement d'une secrétaire début septembre, devra aussi nous permettre d'avoir une meilleure visibilité pour plus d'efficacité.

La question jurassienne

Dans l'actualité, la question jurassienne, responsable de la division de la gauche, est confiée à l'assemblée interjurassienne (AIJ) qui doit rendre son rapport à la fin de cette année. L'étude de ce rapport se fera avec le PSB et le PSR. Concernant l'effort de rapprochement entre le PSJB et le PS autonome (PSA), le PSJB choisit la voie de la clarté et dénonce les éléments qui peuvent nuire à ce rapprochement, y compris l'invitation du camarade Stéphane Rossini à la fête du peuple à Delémont, après de multiples échecs, nous tenons fermement à ce que les engagements pris dans le groupe soient objectivés et respectés, notamment par le biais de l'enregistrement des séances, quitte à peiner certains abonnés aux trahisons.

Un esprit ouvert

Les militants sont informés des décisions par le journal « Défis » qui a aussi encore de la marge pour développer sa diffusion, et par le site internet. Le Comité Directeur a récemment pris la décision d'organiser des rencontres avec les 6 président(e)s de section pour optimiser la circulation de l'information. Nous continuons de faire des efforts, dans un esprit ouvert et avec succès car notre parti accueille déjà plusieurs camarades aux idées séparatistes, ils ont privilégié leur engagement socialiste mais peuvent aussi librement exprimer toutes leurs convictions dans un parti moderne et démocrate.

La semaine des migrants

Fort de son nouvel élan, le PSJB a le vent dans le dos, il organise aussi prochainement dans le Jura bernois « la semaine des migrants » avec des projections dans les cinémas de la région. Cette semaine vise à remettre l'église au milieu du village et combattre les préjugés nourris par les manœuvres de l'UDC, c'est aussi sur le plan cantonal une manière de continuer l'effort pour que prochainement l'initiative « vivre ensemble, voter ensemble » permette à nos amis étrangers de mieux s'intégrer parmi nous et qu'ils puissent nous faire bénéficier de leur multiples compétences dans nos communes.

Frédéric Charpié est le nouveau président du Parti socialiste du Jura bernois (PSJB) www.psjb.ch

PS DU JURA BERNOIS

Neuer Präsident und neuer Elan für die SP im Berner Jura

Der SP-Regionalverband im Berner Jura (PSJB) hat mit Frédéric Charpié einen neuen engagierten Präsidenten erhalten. Aktuell werden jetzt die Kontakte mit den Sektionen und den Mitgliedern verbessert. In Bezug auf die Jurafrage wird die Interjurassische Versammlung (AIJ) im Herbst einen Bericht mit möglichen Zukunftsszenarien vorlegen, zu welchen der PSJB gemeinsam mit der Bieler PSR und der Kantonalpartei Stellung nehmen wird. Im September organisiert der PSJB « la semaine des migrants » mit verschiedenen Filmvorführungen.

Auch die Ausgaben zählen!

Die SP muss sich auch gegen **überhöhte Preise** engagieren

Traditionellerweise setzt sich die SP für Löhne und Renten ein. Simonetta Sommaruga plädiert dafür, dass sich die SP auch gegen überhöhte Preise für Importgüter, intransparente Verträge und Monopolisierungen stark macht.

Simonetta Sommaruga

Die Kosten in unserem Land steigen. Energie- und Nahrungsmittel werden zum Teil massiv teurer, aber auch für Miete, Krankenkassenprämien und Transport müssen wir immer mehr bezahlen. Wenn die Löhne mit der Teuerung nicht Schritt halten, sinkt die Kaufkraft. Das bekommen Familien und Menschen mit tiefen Einkommen ganz besonders zu spüren.

Für unsere Partei bedeutet dies, dass wir uns in den kommenden Jahren für den Arbeitnehmer – wie auch den Konsumentenschutz – einsetzen müssen. Traditionellerweise geht es unserer Partei vor allem um die Höhe der Einnahmen wie Löhne und Renten beim Einzelnen oder Steuereinnahmen beim Staat. Die heutige Situation mit der starken Belastung der Haushalte macht aber deutlich, dass wir uns ebenso stark um die Ausgaben – in Form von Preisen, Gebühren und Tarifen – kümmern sollten. Dazu gehört, dass wir überall dort, wo es keine natürlichen Monopole gibt, für einen gut funktionierenden Wettbewerb sorgen, dass wir Transparenz verlangen und uns gegen Monopolisierungen im Markt wehren.

Was nützt mehr Lohn, wenn Prämien noch mehr steigen?

Ich greife zwei Beispiele heraus, die den Zusammenhang zwischen Einnahmen und Ausgaben aufzeigen: Nehmen wir den Arbeitnehmer – oder die Rentnerin –, die dank unserem Engagement 50 Franken mehr Lohn oder Rente bekommen. Was nützt ihnen das, wenn gleichzeitig die Krankenkassenprämien um 100 Franken steigen, weil wir für ausländische Medikamente massiv überhöhte Preise bezahlen?

Oder nehmen wir die alleinerziehende Mutter, die dank SP-Einsatz höhere Kinderzulagen bekommt. Was nützt ihr das, wenn das zusätzliche Geld nach der Unterzeichnung eines undurchsichtigen Darlehensvertrags

oder einer überflüssigen Versicherung gleich wieder wegschmilzt?

Besserer Schutz vor undurchsichtigen Verträgen

Daraus schliesse ich, dass wir nicht nur das Recht auf anständige Löhne verteidigen, sondern auch das Recht auf Information und Transparenz bei Verträgen durchsetzen müssen. Unsere Aufgabe ist es, auch für ein besseres PatientInnenrecht, für einen verbesserten Datenschutz, für das Recht auf qualitativ gute, gesunde Nahrungsmittel und einen kundenfreundlichen öffentlichen Verkehr zu kämpfen.

Eine Politik für alle

Das alles betrifft den Haushalt der Wenigverdienenden ebenso wie den Haushalt der Besserverdienenden. Und damit entfällt die Frage, für welche Schicht wir uns einsetzen. Die SP setzt sich für *alle* ein, denen an gerechten Löhnen, Renten, Steuern, Preisen und Gebühren sowie an einem fairen Wettbewerb gelegen ist.

Ich bin in meiner Arbeit als Konsumentenschützerin unzähligen verzweifelten Menschen begegnet: Verzweifelt waren sie nicht, weil der Lohn

nicht hoch genug war, sondern weil sie sich mit Konsumkrediten überschuldet hatten, weil sie in Verträge hineingerutscht waren, aus denen sie nicht mehr herausfanden. Konsumentenschutz ist auch Sozialpolitik. Deshalb bedeutet unser Engagement für die soziale Sicherheit, dass wir in *beiden* Bereichen – dem Arbeitnehmerschutz und dem Konsumentenschutz – politisch führend sind.

Natürlich kann es vorkommen, dass die Interessen der Arbeitnehmenden jenen der KonsumentInnen entgegenstehen, wie bei der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Das knappe Abstimmungsresultat hat meines Erachtens gezeigt, dass nicht alle KonsumentInnen ihre Sonntage mit Einkaufen verbringen wollen. Gleichzeitig müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es im Verkauf ArbeitnehmerInnen gibt, die *gerne* am Sonntag arbeiten. Hier sollten wir uns nicht in einen fruchtlosen Streit begeben, sondern nüchtern für das kämpfen, was uns wichtig ist: für gute Arbeitsbedingungen *und* für ein konsumentenfreundliches Umfeld.

Simonetta Sommaruga ist SP-Ständerätin aus Spiegel

SP FRAUEN

Frauenpower 2010

Es ist schon eine Krux! Frauen werden hochgelobt als geborene Kommunikationsexpertinnen, als Führungspersönlichkeiten mit



emotionaler Intelligenz, als flexible Managerinnen mit hohem Verantwortungsbewusstsein. Und genau dort, wo diese Eigen-

schaften gefragt sind oder gefragt sein müssten, kämpfen wir häufig immer noch mit strukturellen Problemen, welche die Frauen zurückbinden. Ich schreibe jetzt nicht über die tiefen Frauenquoten in den Verwaltungsräten oder bei ProfessorInnen, sondern über die Wahllisten für die nächsten Grossratswahlen. Die SP gilt als Frauenpartei und dies seit vielen Jahrzehnten, obwohl das öffentliche Bewusstsein diese Tatsache bereits vergessen hat oder als Normalität für nicht mehr erwähnenswert hält. Frauen gehören bei der SP sozusagen zur Grundausstattung, sie haben ihre speziellen Gefässe und werden von der Partei, auch dank Quotenregelungen, gefordert und gefördert. Wir haben eine Regierungspräsidentin, eine Parteipräsidentin, eine Fraktionschefin und eine Generalsekretärin. Damit ist für viele der Tatbeweis erbracht, dass die SP eine Frauenpartei ist und eine weiterführende Frauenförderung unnötigen Luxus bedeutet.

Dies sehe ich anders. Frauen überlegen genau, wofür sie ihre knappe Freizeit neben Beruf und Familie einsetzen wollen. Sie überlegen die Konsequenzen ihrer Zusage für eine Kandidatur und wägen ab, welche Vor- und Nachteile sie nun in Kauf nehmen müssen. Und da muss die Partei Unterstützung geben, überzeugen und begleiten. Denn unsere Partei braucht Frauen auf dem Land und in den Städten, die JA sagen: JA zu einer ersten Kandidatur, JA zum politischen Outing, JA zur SP. Wir müssen bereits heute für eine erfolgreiche Frauenpower 2010 aktiv werden und den Frauen aufzeigen, dass wir sie brauchen und dass wir sie mit allen unseren Mitteln unterstützen wollen.

Frauen, sagt JA zu einer Kandidatur 2010, denn Frauenpower kann nur mit und durch die Frauen entstehen!

Angelika Neuhaus ist Generalsekretärin der SP Kanton Bern



Wir müssen uns auch gegen überhöhte Preise engagieren. BILD: HEIKE GRASSER, EX-PRESS

SCHLUSSPURT

VIGNETTENPFLICHT FÜR AKWS!

Am 11. September um 17.30 Uhr findet auf dem Bundesplatz in Bern eine weitere Aktion gegen die Pläne für neue AKW statt. Wir wehren uns gegen die massive Subventionierung der Atomkraft. Melde dich an, wenn du auch dabei bist.

- 900 Velos sind für 1.8 Milliarden haftpflichtversichert.
- 1 AKW ist ebenfalls für 1.8 Milliarden haftpflichtversichert.
- 1 AKW kann aber Schäden von 4300 Milliarden (!) anrichten.

Die restliche Schadenssumme trägt die ganze Bevölkerung und subventioniert damit den Atomstrom mit.

Komm am 11. September 08 um 17.30 Uhr mit deinem Velo auf den Bundesplatz! Dort triffst Du 899 andere Personen, die diese Ungerechtigkeit nicht stillschweigend tolerieren wollen.

Wir geniessen zusammen ein Konzert, hecken Pläne aus, orientieren uns an den Ständen der Organisationen der Anti-AKW-Bewegung und aus dem Umwelt-Bereich über Möglichkeiten, sich zu engagieren ... Die Velos werden medienwirksam angeordnet, es gibt kurze Reden, Pressefotos, etwas zu trinken.

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.vignettenpflicht.ch



IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23, Telefon 031 370 07 80, links.be@sp-be.ch
Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)

Der starke
Personalverband

BSPV



Erste Rechtshilfe und mehr!

Wir beraten Sie gerne:
www.bspv.ch, 031 311 11 66.

BSPV – Bernischer Staatspersonalverband

ROTES BRETT

NEUE MITGLIEDER DER GESCHÄFTSLEITUNG

Am Parteitag vom 21. Juni wurden folgende Personen neu in die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern gewählt: **Ursula Marti** als Genderfachperson, **Roland Näf** als neuer Vizepräsident, **Simonetta Sommaruga** als Vertreterin der Deputation im Bundeshaus und **Fabian Wienert** als freies Mitglied.
Aus der GL verabschiedet wurden der Vizepräsident **Res Blaser**, **Maya Widmer** als Genderfachfrau und **Annemarie Burkhalter-Reusser** als freies Mitglied. Vielen Dank für euer grosses Engagement für die SP!

FORUM RUDSWILBAD

«AUSLÄNDERINNEN UND AUSLÄNDER UNTER UNS»

13. September 2008, 9–12 Uhr, Roggwil, Restaurant Ochsen

Anmeldungen bis am 6. September an:
Hanni Winkenbach-Rahn, Tel. 031 869 29 73,
hanni.winkenbach@bluewin.ch

5 FRANKEN GÜNSTIGER INS SINFONIE ORCHESTER BIEL

1. Sinfoniekonzert: Die Schritte des Riesen

Ludwig van Beethoven (1770 – 1827) Sinfonie Nr.2
Johannes Brahms (1833 – 1897) Klavierkonzert Nr. 1

Mittwoch, 17. September 2008, 20 Uhr, Kongresshaus Biel

5.– Rabatt an der Abendkasse gegen Vorweisen des SP-Mitglieder ausweises.

ÖFFENTLICHE DISKUSSION DES SP-SCHWEIZ-POSITIONSPAPIERS «ÖFFENTLICHE SICHERHEIT FÜR ALLE»

15. September 2008, 19.30 Uhr, Bern, Hotel Bern

Weitere Infos: www.spbe.ch

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett:
links.be@sp-be.ch

AGENDA

8. / 9. / 10. SEPTEMBER 2008
Semaine des migrant-e-s
Tavannes, Tramelan, Moutier
Infos: www.psjb.ch

11. SEPTEMBER 2008
Vignettenpflicht für AKWs!
17.30 Uhr, Bern, Bundesplatz

13. SEPTEMBER 2008
Fachtagung Bildung zum Thema
Selektion
9–13 Uhr, Bern, Hotel Bern

13. SEPTEMBER 2008
Forum Rudswilbad «Ausländerinnen und Ausländer unter uns»
9–12 Uhr, Roggwil, Restaurant Ochsen

15. SEPTEMBER 2008
Öffentliche Diskussion des
SP-Schweiz-Positionspapiers
«Öffentliche Sicherheit für alle»
19.30 Uhr, Bern, Hotel Bern